

Für Halle vierteljährlich bei postmässiger Zahlung 2,50 M., durch die Post 3 M., ausl. Briefmarkenbeilage. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am nächsten Zeitungsvormittag unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unvollständige eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Bestellungen nur mit Quittungsbogen: „Saale-Ztg.“ gefasst. Verleger: Dr. Richard Schöler, Nr. 114; Dr. Augustin Strödel, Nr. 176; Dr. Augustin Strödel, Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

werden die Expeditions-Kosten für den Briefkasten mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und allen Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Wenn die Zeit 75 Pf. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Verlagsdirektion: Markt 24

Verbandsmitglied Jahrgang.

Nr. 562.

Halle a. S., Donnerstag, den 1. Dezember.

1910.

Die Fideikommissabgabe.

Unser veröffentlichte Herr von Werder-Sagisdorf einen Artikel, in dem er in helles Entzünden ausbrach darüber, daß der Entwurf des Reichshaushaltsplanes für 1911 balancierte, ohne daß die Anleihegrenzen überschritten wären. Bedenken darüber, daß eine noch gar nicht genehmigte Steuer, die Reichswertzuwachssteuer, bereits in den Etat eingebracht ist, kamen ihm nicht. Gleich den übrigen Herren konservativ-agrarischer Richtung wußte er sich los in die Brust und verkündete aller Welt: Seht, wir deutschen Konservativen sind doch tüchtige Leute! In wenigen Wochen haben wir 500 Millionen Steuern — aus den Taschen der andern Bürger geholt, und jetzt balanciert unser Reichsetat! Mit dem Brüllen der Ueberzeugung verkünden die Konservativen und mit ihnen Herr von Werder-Sagisdorf, wie „opferfreudig“ der Großgrundbesitz bei der Reichsfinanzreform gewesen ist. Wo die Opferfreudigkeit zu finden ist, wird zunächst nicht gefragt. Zweitens: Herr von Werder-Sagisdorf die Ablehnung der Erbschaftsteuer in ihrer Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten.

Die Ablehnung hält er für richtig, weil darin ein unzulässiges Eingreifen in die intimen Familienverhältnisse zu erblicken ist in dem Augenblick, „in dem Kinder durch den Tod und die vielleicht vorausgegangene Krankheit des Ernährers in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, und weil diese Steuer gerade in diesem Augenblick den unermöglichten Besitz, bei dem eine Erbauseinanderlegung mit aufzunehmenden Hypotheken usw. so schon recht schwierig ist, härter trifft, als den begünstigten.“ — Eine solche Rechtfertigung erscheint geradezu „kaffisch“ gegenüber aller bisherigen Erklärungen für diese Ablehnung. Noch 1903 behauptete es der Bund der Landwirte — und diesem wird doch sicher Herr v. Werder-Sagisdorf als kompetent beizustimmen — als einen besonderen Vorteil der Erbschaftsteuer, daß ihre Erhebung wenig befähigend ist, bei derselben an den Todesfall anzuknüpfen, bei welchem zwecks Teilung doch eine Zerlegung aller Vermögensgegenstände stattfindet. Das Vorige war also nicht der Grund der Ablehnung. Den wahren Grund hat mit erhellender Offenheit Herr v. Seydewitz in der Reichstagsdebatte vom 10. Juli 1909 und dieser Tage mit besonderer Deutlichkeit Herr v. Oldenburg-Janssowatz gesagt; man wollte das Portemonnaie der Besizenden nicht an das Reichsparlament mit dem demokratischen Wahlrecht ausliefern, man wollte dem Steuerfiskus keinen Einblick in die Vermögensverhältnisse auf der Unterklasse gestatten! Ein solches Verfahren wird jedem erklärlich, wenn man erfahren hat, wie die Steuerdeklarationen vieler Großgrundbesitzer ausfallen kommen, wie viele von ihnen nur das als Einkommen betrachten, was ihnen nach einem opulenten Leben übrig bleibt — und das ist sehr oft herzlich wenig. Einkommensteuer 6—12 Mark!

Die Steuerfreudigkeit der Großgrundbesitzer und das „nationale Opfer“, welches Junker und Junkerengenossen gelegentlich der Finanzreform gebracht haben, findet Herr v. Werder-Sagisdorf in der Fideikommissabgabe. Er sagt von ihr in echt junkerlichem Tone:

„So sei sie (die Fideikommissabgabe) denn hier aus Licht gezogen als ein Denkmal dafür, daß ein hervorragender Teil unserer so verlässlichen Volksgenossen bei der Reichsfinanzreform selbst eine Abgabe auf sich genommen hat und sich dadurch vortrefflich von der großen Zahl derjenigen unterscheidet, die so eifrig für die Besteuerung des Volkes eintreten, weil sie selber nichts besitzen!“

Mit dieser Abgabe hat es aber nicht soviel Rühmenswertes an sich, daß das deutsche Volk, das schwerer unter der Last der 500 Millionenpende leidet und seufzt, den „freiwilligen“ Steuerzahlern ein Denkmal setzen möchte. Ein Stück junkerlicher Unverfrorenheit gehört hierzu, so etwas zu verlangen. Als die haushälterische Reichsreform einen Grundstücksübertragungsmotus mit 1/2 Prozent neu — jenseit hat, kam ihr zum Bewußtsein, daß man die Preissteigerung des gebundenen Besitzes im Volk als eine Ungerechtigkeits empfinden würde. Um nun der Steuerlast ein Wäntelchen umhängen zu können, um durch ein Preisstandsdenkmal das Schein zu wahren, als wollte auch der Großgrundbesitz „freiwillig“ ein Opfer bringen, brachte Herr v. Garmar-Jelenski am letzten Tage der Finanzberatung seinen „denkmalswürdigen“ Antrag ein, von dem er selbst sagt:

„Angesichts der misslichen Finanzlage des Reichs erscheint es als die billigste Abgabe, daß der rechtlich gebundene Großgrundbesitz (Fideikommissbesitz, Lehn- und Stammgut) eine Ausnahmestellung einnehme.“

Diese Ausnahmestellung, das „Opfer der Konservativen“, besteht darin, daß für 30 Jahre 1/2 Prozent des Ertragswertes eines Fideikommissbesitzes zu zahlen ist. Als zweites „Opfer“ kommt hinzu, daß der Betrag von 1/2 Prozent im Voraus entrichtet werden muß mit der Willkür, daß der festgesetzte Betrag in Jahresraten abgeführt werden kann. In der Praxis steht nun das „nationale Opfer“ also aus:

Betrag der Ertragswert eines Fideikommisses eine Million Mark, so hat sein Besitzer für 30 Jahre im voraus eine Abgabe von 1/2 Prozent oder 3333 1/3 Mark (!) an die Reichssteuerkasse abzuführen. Da er dies in jährlichen Raten tun kann, zahlt er eine Jahressteuer von ganzen 111 Mark. Das ist das „freiwillig“ übernommene „Opfer“ bei einem Millionenbesitz, ein Opfer, das „denkmalswürdig“ bezeichnet wird.

Was man von den Opfern der Konservativen zu halten hat, das zeigt die Brandwein-Liebesgabe, die Getreideausfuhrsteuer, das beweist das ständige Streben der Agrarier, aus der im nationalen Interesse notwendigen Finanzreform für den Großgrundbesitz millionenhöhere Vorteile herauszuschlagen. Ein solches „opferwilliges“ Gebahren wird selbst ein Feigenblatt, wie diese Fideikommissabgabe, nicht verdecken und bemänteln.

Emil Schmilgin (Halle).

Die neuen Forschungsinstitute — eine Gefahr für unsere Universitäten?

Im letzten Heft des „Grenzboten“ äußert sich Professor Dr. Hans Baalows-Berlin zu dem Kaiser bei der Berliner Hundertjahrfeier verhängenden Errichtung von neuen wissenschaftlichen Forschungsinstituten. Der Aufsatz verdient deshalb Beachtung, weil Dr. Baalows als einer der verdienten Gelehrten, die Altkönig (dem eigentlichen, geistigen Vater dieser Idee) nachsahen, zu kompetentem Urteil in der Frage berufen ist. Er ist der Ansicht, daß man für die nächste Zeit von der Begründung der neuen Institute eine Gefahr für die Universitäten nicht zu fürchten braucht:

„Es handelt sich doch im günstigen Falle nur um eine beschränkte Zahl von reinen Forschungsinstituten, die in enger Verbindung mit der Universität bleiben sollen, und niemand denkt daran, an den Universitäten selbst die Forschung von der Lehre zu trennen. Allein das jegliche Vorgehen ist offenbar nur der erste Schritt auf einem längeren Wege. Der Kaiser sagt: „Möge dieser Tag eine weitere Stufe in der Entwicklung deutschen Geisteslebens bedeuten.“ Das läßt darauf schließen, daß man sich nicht mit einigen wenigen Instituten begnügen will, sondern daß planmäßig und systematisch darauf hingearbeitet werden soll, die bedeutenderen Gelehrten ausschließlich der Forschung zuzuführen und von der Lehrstätigkeit ganz zu befreien. ... Ganz abgesehen von unergiebigen persönlichen Verhältnissen, die aus der Trennung von Forschung und Lehrberuf entstehen können, wird auch die Qualität der Hochschullehrer eine Einbuße erleiden. Denn sobald reine Forschungsinstitute in größerer Zahl errichtet sind, liegt es nahe, daß bei der Befreiung der Universitätsprofessoren in der Hauptsache nur noch auf Lehrgeschäft Rücksicht genommen werden wird und weniger auf wissenschaftliche Leistungen.“

Professor Baalows verweist weiter darauf, daß wir an wissenschaftlichen Anstalten eigentlich keinen Mangel haben, für die Begründung und Ausstattung von Universitätsinstituten, besonders von naturwissenschaftlichen und medizinischen, sei im letzten Menschenalter in Preußen und auch in den übrigen deutschen Staaten ungeheurer Eifer geübt. Wenn das nötige Geld zur Verfügung stehe, ist es ja verhältnismäßig leicht, daß nach keinem Tode stets ein vollständiger Ersatz für ihn da sein wird? Dürfen wir hoffen, daß in einem bestimmten Jahre fortbauend oder auch nur in jeder Generation Genies entstehen? Ob die Nachfolger von S e m b o l d die physikalisch-technische Reichsarbeit auf der früheren Höhe gehalten haben, darüber sind die Meinungen sehr geteilt. Auch das ist zu bedenken, ob nicht mander große Gelehrte in Anfänglichkeit an den Lehrberuf lieber an der Universität bleibt, als daß er sich in einem Forschungsinstitut gewissermaßen auf das Altenteil zurückzieht.

Deutsches Reich.

Die Konservativen und das Beamtenum.

Die „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich mit Betrachtungen der „Nationalliberalen Mitteilungen“, in denen die Frage behandelt wird, welche Wirbungen der alte Block auf Verhalten und Entwicklung der Blockparteien geübt hat und bei längerer Lebensdauer hätte üben müssen. In diesen Betrachtungen finden sich auf die folgenden Ausführungen:

... Und die Konservativen? Sie waren wohl zu manden Konzeptionen an die Blockgenossen bereit, mußten aber in der längeren Andauer des Blocks die Gefahr der Unterhöhlung ihrer festen Stütze in der Behördensorganisation erkennen: es kam von ferne wieder die Zeit der hiesiger Jahre darauf, wo man, um weite Wählergruppen von rechts und links zu einigen, in zahlreichen Kreisen nationalliberale und mittelparteiliche Kandidaten aufgestellt hatte, wo die konservative Partei zu einem kleinen Hülflein herabfiel. Wie der Block länger bestünde, dann mußte dies auf die Stellung der Behörden in den Parteien einwirken, der Landrat hörte auf, der Wahlorganisations der Konservativen zu sein, die liberalen Parteien mußten mehr und mehr als gleichberechtigt anerkannt werden,

ihnen konnte nicht verwehrt bleiben, „in aller Fremdscham“ auch in konservativer Wahlkreise zu kommen und dort ihre Anhänger zu sammeln, kurz die Ansichten für die Konserativen bei längerer Fortdauer des Blocks waren nicht eben günstig.“

Dazu bemerkt die „Kreuzzeitung“: „Auf die tödlichen Auflosungen des nationalliberalen Blocks von dem Verhältnis zwischen der konservativen Partei und der Beamtenchaft einzugehen, verleiht der Wille nicht. Gegen solche vorgelegte Meinungen läßt sich nicht ankämpfen. Aber gerade daraus ist die Hauptfunktion, die namentlich der Nationalliberalismus an den Block geknüpft hat, deutlich zu erkennen. Was mag nur die „Kreuzzeitung“ sagen, daß auch der Führer der Konservativen, Altkönig, von S e b l i d i, dieser „Lorbeer“ verfallen ist? Der hat eben jetzt in „Tag“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er u. a. schreibt:

„Das Regierungspräsidenten und Landräte sich, wenn überhaupt, bei den Wahlen zugunsten der Konservativen betätigen, nicht einfach davon beru, daß sie sich in ihrer großen Mehrzahl zur konservativen Partei rechnen.“

Und an anderer Stelle: „Diese Exklusivität des Verwaltungsdienstes hat eine Reihe sehr übler Folgen. Am ihretwillen wenden sich manche der Verwaltungslaufbahn zu, die doch keinen Beruf haben, andererseits entgeht dem Verwaltungsdienst manche besonders tüchtige Kraft, die für ihn von größtem Wert wäre. Sodann aber ist zwischen dem Beamtenkörper des höheren Verwaltungsdienstes und weiten Kreisen der gebildeten Bürgerchaft eine Entfremdung eingetreten, die sich gegenüber den sogenannten politischen Beamten noch und noch bis zum Gegenüber gesteigert hat. Namentlich gegenüber den Landräten. Darüber lassen die immer mehr hervorretenden Angriffe gegen das Landratsamt teilen Zweifel.“

Es ist schon richtig: solange die Konservativen die Verwaltung in ihren Händen haben, glauben sie ihrer beherrschenden Stellung über zu sein. Und deshalb ist ihnen nichts fürchterlicher als die Beforgnis, daß daran einmal etwas geändert werden könnte: trotz aller „höchsten Auffassungen“.

Besprechungen über einen Erlass der Zuwachssteuer.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, fand gestern im Reichstag eine merkwürdige Besprechung zwischen dem Staatssekretär Wernuth und Unterstaatssekretär Kuhn einerseits und einer Anzahl Parlamentarier andererseits über die Möglichkeit eines Erlasses der geplanten Reichswertzuwachssteuer durch weitere Erhöhung des Umsatztums bei Grundstücksübertragungen statt. Wie verlaunt, soll Staatssekretär Wernuth geneigt sein, auf die Reichswertzuwachssteuer zu verzichten, wenn ihm auf diesem Wege die zu benötigenden Summen zur Verfügung gestellt werden.

22 Millionen Mark für Fernsprechwede.

Zur Begründung der im außerordentlichen Etat der Reichs-Vot. u. Telegraphenverwaltung geforderten Summe für Fernsprechwede im Betrage von 22 Millionen Mark — im laufenden Rechnungsjahre 25 Millionen Mark — wird in den Erläuterungen bemerkt:

Die Steigerung in der Entwicklung des Fernsprechwesens hält an. Von dem angelegten Betrag entfallen auf: 1. Umwandlung oberirdischer Fernsprechlinien in unterirdische, Herstellung von Rohrsträngen und Kanälen zur Auslegung von Kabeln 5 000 000 Mark, 2. die Beschaffung und Auslegung von Fernsprechstellen zur Verteilung weiterer Anschlüsse in bestehenden Fernsprechweden 12 000 000 Mark, 3. die Herstellung von Fernsprech-Verbindungsleitungen 3 700 000 Mark, 4. die Einführung des Doppelstrahlbetriebes 500 000 Mark, zusammen 22 000 000. Es ist in Aussicht genommen, die Summe im Laufe von 30 Jahren aus den ordentlichen Einnahmen der Reichs-Vot. und Telegraphenverwaltung zu tilgen. Die jeweils noch ungetilgten Beträge sind gleichfalls zu Lasten der ordentlichen Einnahmen der Reichs-Vot. und Telegraphenverwaltung mit 4 v. S. zu verzinsen. Die Zeit von 30 Jahren entspricht der durchschnittlichen Lebensdauer eines Kabels unter der Voraussetzung, deren Kosten aus den Mitteln des außerordentlichen Etats bestritten werden sollen. Für das erste Jahr sind nur die halben Zinsen — 2 v. S. — in Ansatz zu bringen, da die bezugsberechtigenden Anlagen in der Hauptsache erst in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1911 zur Vollendung und Bezahlung gelangen werden. Die erste Zinsrate wird demgemäß in Höhe von 440 000 Mark Ende des Rechnungsjahres 1911 fällig; sie ist als Ausgabe in die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats eingestellt worden. Mit der Tilgung soll im Rechnungsjahre 1912 begonnen werden.

Die Verwaltungsreform.

Der Zentralausschuß der Zentralkommission für Vorbereitung der Verwaltungsreform hat am 28. und 29. Novbr. getagt. In dieser Tagung sind die Verhandlungen über die anderweitige Regelung der Staatsausgaben für die Kommunalverbände zum Abschluß gebracht worden. Außerdem ist auf der Mitte des Ausschusses gegebene Anregung hin die Frage der Verminderung der Zahl der Staatsbeamten erörtert worden. Voraussichtlich wird das Plenum der Zentralkommission noch vor Weihnachten Fragen, um Stellung zu den Anträgen des Zentralaus-

schaffen in Sachen der Kommunalverwaltung zu nehmen. Zugleich sollen dem Plenum die Ergebnisse der Beratungen des letzten Ausschusses über die Vereinfachung der Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Der Zentralausschuss der Inmediatkommission besteht unter dem Vorsitz des Ministers des Innern aus folgenden Mitgliedern: Oberbürgermeister Adises (Frankfurt a. M.), Ober-Justizrat Casel (Berlin), Professor Dr. Geyer (Köln), Landrat A. D. v. Katzf (Hildesheim), Regierungspräsident v. Scherwin (Frankfurt a. M.), Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer (Berlin), Staatsminister Graf Jellich (Charlottenburg), Sachbearbeitungspräsident a. D. Freiherr von Jellich (Berlin).

Parteinachrichten.

Der nationalliberale Führer Vollermann soll in Guben-Flüssen an Stelle des Prinzen v. Schönau-Carolath aufgestellt werden, der jüngst erklärte, bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder kandidieren zu wollen. Bei den letzten Wahlen wurde Prinz v. Schönau-Carolath mit 15 282 Stimmen gegen 5909 sozialdemokratische und 52 Zentrumstimmen im ersten Wahlgange gewählt.

F. Nordhaußen, 30. Nov. (Privattelegr.) Eine heute abend stattgefundene nationalliberale Versammlung beschloß nach entsprechenden Referaten, als nationalliberale Kandidaten für die Reichstagswahl den Gynastialprofessor Trittel aufzustellen. Vertreter des Wahlkreises Nordhaußen-Partsch Sobonien ist bekanntlich der Führer der Fortschrittspartei Dr. Wiemer.

Kleine politische Nachrichten.

Dem Kubaaffäre Landtag ist eine Eingabe zugegangen, die den Aufenthalt des Prinzen Sizgo von Schwarzburg außerhalb des Reichstags betrifft. Dadurch, daß der Thronfolger bis zu der Zeit, wo er die Regierung vorübernehmend übernehmen werde, außerhalb des Landes auf seinem Gute Groß-Sartau, Sachsen, sich aufhalten gedungen sei, werde er dem Reichstagen und dem Volk entfremdet. Der Landtag möge Mittel und Wege finden, damit der Aufenthalt des Prinzen Sizgo im Lande ermöglicht werde. Die Eingabe trägt gegen 500 Unterschriften. — Der Abg. v. Treuenfels hat, nach der „Pösch. Tagesztg.“ dem medenburgerischen Landtage den Antrag unterbreitet, die Verfassungfrage durch das Zweikammersystem zu lösen. Jede Kammer soll fünfzig Mitglieder haben. — Die Prüfungssordnung für den mittleren technischen Eisenbahndienst ist durch Erlass des Ministers Breitenbach dahin abgeändert worden, daß künftig die Bewerbungen um Zulassung für die Laufbahn eines technischen Eisenbahndienstes, Handwerks, Bahnmessers, Werkmeisters oder technischen Bureauhilfen ausschließlich an das königliche Eisenbahnenamt (nicht mehr an die Eisenbahndirektionen) zu richten sind. — Mit Rücksicht auf die vermehrte Zufuhr französischer Weins hat die Kaiserliche Regierung beschlossen, von morgen ab die Preise für sämtliche Weinsorten um 4 Pfg. für das Pfund herabzusetzen. Ein weiterer Preisabfall bleibt zu erwarten. — Der Spionageprozeß gegen die englischen Offiziere findet am 15. Dezember vor dem Reichsgericht in Leipzig statt. Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern. — Der Erlass der Beitragsmarken für die Jubiläumsversicherung belief sich im Oktober auf 150 oder auf 0,5 Millionen Mark mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

S. & H. Eberfeld, 30. Nov.
Unter dem Vorsitz des Herzogs-Regenten von Braunschweig Johann Albrecht zu Welfenburg trat heute hier die Deutsche Kolonialgesellschaft zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Aus allen Teilen des Reiches und von allen Disziplinen sind Delegierte erschienen, darunter eine große Anzahl von Vertretern des Reichskolonialamtes, der Marineverwaltung und des kolonialen Fremdenbundes. Der Vorsitzende Herzog Johann Albrecht von Welfenburg eröffnete die heutigen Verhandlungen mit folgenden Worten:
„Sehr geehrte Herren! In den ersten Tagen des Oktober fand im Saale der deutschen Volksoberste eine große und erhebende Versammlung statt. Zum dritten Male war der Deutsche Kolonialkongreß zusammengetreten; 128 Gesellschaften, Vereine und Institute hatten sich zu dieser hochbedeutenden Kundgebung versammelt. Vor allem darf die Deutsche Kolonialgesellschaft mit Freude und Stolz auf diese wichtige Veranstaltung zurückblicken. Das letzte Jahr ist leider nicht vorübergegangen, ohne daß wir schmerzliche Verluste zu beklagen hätten. Dr. Schröder-Wogge u. s. w. unser langjähriges Ausschussmitglied, gehörte als Mitglied der Gesellschaft dieser Zeit der Begräbnis an. Mit Direktor Meyer-Deilus ist weiter ein Mann aus dem Leben geschieden, der das volle Gewicht seines Lebenswertes zugunsten der deutschen Kolonien in die Waagschale warf. Ferner beklagen wir das Ableben des Staatsministers von Hofmann, der sich mit Hingebung in den Dienst der kolonialen Sache und der Deutschen Kolonialgesellschaft gestellt hatte. Der Redner fährt weiter fort: Zu einer wichtigen Tagung sind wir zusammengetreten. Eine große Reihe bedeutsamer Anträge liegt Ihnen vor, die Zeugnis davon geben, daß in den Abteilungen reges Leben und große Anteilnahme an der Förderung und dem Ausbau unserer Schutzgebiete herrscht. Ich möchte eine Veranlassung nicht unerwähnt lassen, die dazu angetan ist, unsere Beziehungen in weitere Kreise zu tragen, ich meine die kolonialwirtschaftliche Ausstellung in Hamburg. Sie haben die Mittel bewilligt, und dadurch die Ausstellung ermöglicht. Damit des Entgegenkommens der Deutschen Kolonialgesellschaft und anderer wirtschaftlicher Gesellschaften, damit der Arbeit des Hamburger Kolonialinstituts und der Ausstellungskommission hat ihr Vorsitzender Dr. Schulte im Hofe eine Ausstellung geschaffen, die ein umfassendes Bild von dem Stande der Entwicklung unserer Schutzgebiete darstellt, allgemeines Interesse erweckt und täglich eine nach Tausenden zählende Besucherzahl aufzuweisen hat. Dieser Erfolg gibt zu bedenken, daß dauernde Ausstellungen den meisten Erfolg versprechen, und deshalb wird Ihnen heute ein Antrag auf Bewilligung von Mitteln für diese Zwecke vorgelegt werden. Bei unserer letzten Zusammenkunft in Dresden wurde die Notwendigkeit erkannt, die Büroräume in einen eigenen Hause unterzubringen. Infolge der unermüdbaren Tätigkeit unseres stellvertretenden Vor-

sitzenden Konteradmirals Strauß gelang es, eine Gesellschaft mit befristeter Satzung zu begründen, und so erhebt sich in Berlin trotz des Gebühre der Deutschen Kolonialgesellschaft. (Leb. Beifall.)

Bei den nunmehr folgenden Wahlen wurden als Ausschussmitglieder neu bzw. wiedergebirt Director Bornhaupt, Oberleutnant Ruhn, Lange und Dr. Schulte. Der Kolonialschule in Wismars wurden wieder ein jährlicher Zuschuß von 3000 Mark bewilligt. Außerdem wurde ein Betrag zur Beschaffung von kolonialen Ausstellungen im In- und Auslande ausgeworfen.

Ausland.

Oesterreich und Italien.

S. „Matin“ berichtet aus Rom:
Bei der Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern in der Kammer hielt der Abgeordnete Biffolati eine Rede, worin er die Parteien für die Politik eifrig lobte. Er erklärte, daß man der österreichischen Regierung zu Unrecht vorwerfe, sich Italien gegenüber nicht entgegenkommend genug zu zeigen. Redner erinnerte daran, daß anfänglich der Rede, die auf dem katholischen Kongreß gehalten wurde, die österreichische Regierung nicht verfehle, Stellung gegen gewisse Elemente des Reichsovetos zu nehmen. Der Abgeordnete fügte hinzu, er hoffe, daß die Allianz mit Oesterreich vollständig werde. Dazu bedürfe es zweierlei Dinge: erstens müsse Kaiser Franz Josef den längst erhofften Besuch in Rom machen, andererseits sei den Italienern, welche in den österreichischen Provinzen wohnen, Genugthuung zu geben. Der Redner führte weiter aus: Wenn diese Dinge gelingen, so würde der Dreißig ein ungeschicktes Werk werden. Ein anderer Redner, der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Martini, machte eine verheerende Anspielung auf den Einfluß, den die französische Politik auf die italienische Politik ausübe. Er erklärte, die italienische Politik würde augenblicklich in Paris gemacht. Die beiden Reden haben in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt und bilden den Gegenstand weitgehender Kommentare.

Der Ankauf der deutschen Kriegsschiffe.
Aus Konstantinopel wird gemeldet:
In der Adreßkammer im Senat bemängelte der frühere Marineminister Niza den Ankauf der ehemaligen deutschen Kriegsschiffe. Der Großvezir sagte dar, daß die Türkei, um alle Möglichkeiten gemessen zu sein, zwei fertige Schiffe kaufen müsse. Er hob ferner den Wert der deutschen Schiffe für die türkische Marine und den billigen Kaufpreis hervor und erklärte, die Regierung übernehme die volle Verantwortung im Bewußtsein, daß sie dem Lande einen großen Dienst erwähle habe. Die Mehrheit des Senats nahm diese Erklärungen zustimmend auf.

Eine Rede Rosebergs.

□ Aus London wird gemeldet:
Niel erwähnt wird die gestrige Rede Rosebergs in Manchester. Der frühere Chef der Liberalen wies auf die Gegensätze hin, welche zwischen den alten Liberalen, denen er angehört, und den neuen Liberalen, welche bisher zum Sozialismus neigten, beständen. Redner verteidigte die Lords, welche nach seiner Ansicht nur die Reform des Oberhauses bezweckten. Er griff lebhaft in heftigen Worten die Politik der Regierung an, welche er beschuldigt, unter dem Einfluß Redmonds zu stehen.

Ministerie in England.

Aus London wird gemeldet:
Einem Petersburger Telegramm der „Times“ zufolge erhält sich dort hartnäckig das Gerücht, daß bereits seit einigen Monaten zwischen dem Ministerpräsidenten Gladstone und dem Finanzminister Kozlegem Unimmigkeiten bestanden und wohl in kürzester Zeit zu einer Ministerkrise führen werden.

Oesterreich-österreichischer Handelsvertrag.

□ Aus Belgrad wird gemeldet:
In der Stapelkammer erklärte bei den Verhandlungen des österreichisch-ungarisch-serbischen Handelsvertrages der Handelsminister, durch den Vertrag sei der Export gefördert und die serbische Industrie geschützt. Minister Milomanowitsch führte aus, Serbien lege Gewicht auf die Offenhaltung des österreichisch-ungarischen Weges, weil er der beste Exportweg für Serbien sei. Ferner erklärte der Minister, Serbien werde der Friedenspolitik aufrichtig zugestimmt. Der Handelsvertrag wurde im Prinzip mit 94 gegen 22 Stimmen angenommen.

Vom Krankenlager der belgischen Königin.

Brüssel, 1. Dez. Nachrichten aus dem Königspalast zu Laeken belagen, daß das Befinden der belgischen Königin sich weiter gebessert habe. Das Fieber sei im Abnehmen begriffen und man glaube, daß die Gefahr endgültig vorüber sei.

Kongresse und Verbandstage.

Konstantinopel. Das Aktionskomitee der jüdischen Organisation hat in seiner letzten Versammlung, die vorige Woche in Berlin tagte, beschlossen, den 10. Kongreß im Monat August 1911 in Basel abzuhalten. Mit dem Kongreß wird eine Ausstellung der Erzeugnisse der palästinensischen Kolonien verbunden sein. Die Stadt Basel hat bereits den ersten, von Dr. Theodor Herzl einberufenen Konstantinopelkongreß im Jahre 1897 beherbergt.

Gerichtsverhandlungen.

Der Greifswalder Landratsprozeß.

Greifswald, 30. November.
In der heutigen Verhandlung wird die Vernehmung des Landrats v. Walsahn fortgesetzt. Dabei merkt sich der Landrat gegen die Behauptung der Verteidigung, daß er Mitverbrecher des liberalen Vereins der Redaktion des amtlichen Kreisblattes jugendlich gemacht habe. Er habe die Listen als geheim in seinem Besitztum verwahrt und der Kreisblatt-Redakteur hätte nur an sie kommen können, wenn er einen Nachschlüssel gehabt hätte. Weiter wird von der Verteidigung erwähnt, der konservative Parteiführer Brehm habe Einblick in die Akten der Kläger gehabt. Regierungspräsident Somaner überbringt dem ent-

schieden. Es habe keine Privatperson Einblick in die Registerakten erhalten. Zum Schluß der Verhandlung gibt der Landrat folgende bemerkenswerte Darstellung über seine politische Tätigkeit:

„Als ich nach Grimmen kam, hatte ich geglaubt, ich könnte mich in nichtaktiver Beziehung politisch betätigen. Ich bin aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß dies nicht möglich war, da man mich auf Grund des Umstandes, daß ich zufällig politischer Beamter bin, als Staatsbürger zweiter Klasse ansehe und mich das Recht zu politischer privater Betätigung abspreche. Ich habe mich daher seit dem Jahre 1903 befristet, mich von jeder politischen Betätigung fern zu halten. Um zu zeigen, ein einseitiger Parteimann ich sei, ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte den Konfessionsverein gegründet. Es ist mir nicht gelegen worden, ich hätte den Konfessionsverein gegründet, sondern niedrigeren müssen. Das ist unwar, ich habe das aus freien Stücken getan. Charakteristisch ist besonders der Wahlprozeß vom 18. November 1903 gegen die Landtagswahl. Darin wird mir zum Vorwurf gemacht, ich hätte mich in der zweiten Abteilung selbst als Wahlmann und zwar mit dem Ziel „Landrat“ aufgestellt. Das ist auch nicht richtig. Ein anderer Vorwurf geht dahin, ich hätte in die Gemeindevorstände Politik hineingetragen. Die Wahlen erfolgen durch Zettel und sind geheim. Wenn dem Angeklagten etwas darüber bekannt geworden ist, so kann das nur geschehen sein, auf Grund eines Bruches des von dem Angeklagten sonst so hochgehaltenen Wahlgeheimnisses. Wenn das von dem Angeklagten in den Zeitungen veröffentlicht und in einer Denunziation an den Reichstagsler angebracht wird, so finde ich dafür keine Worte. Die ganze Sache hat mich damals schwer verletzt, da ich dem Angeklagten, der anderer Meinung als ich ist, nicht das Recht zubilligen kann, darüber zu urteilen, was ich als evangelischer Christ bei Wahlen zu einer jüdischen Körperschaft zu tun habe.“

Darauf werden die Verhandlungen vertagt.

Doppeltes Todesurteil.

(1) Leipzig, 1. Dez. Das hiesige Schwurgericht verurteilte die beiden Stallführer Schwitzer und Schafkowsky, welche am 4. Mai d. J. die 74 Jahre alte Witwe Giesmann in Portitz ermordet und beraubt haben, zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Nürnberg, 29. Nov. (Leberhändler Bösenhagen). Die hiesige Strafkammer verurteilte den Leberhändler Bösenhagen aus Heilensfeld wegen Veruntreuung von Leder zu sechs Monaten und wegen mehrfachen Betruges und Unterschlagung zum Nachste seiner Gläubiger, die dadurch um fast 40 000 Mark geschädigt worden sind, zu vier Jahren Gefängnis. Ein Gärtner Krause aus Heilensfeld, der sich etwa ein Jahr lang als Schuhfabrikant versucht hatte und einen ergebnislosen Konturs gemacht hat, erhielt zwei Monate Gefängnis.

Frankfurt a. M., 30. Nov. Der Verleger des in Berlin erscheinenden Spezialblattes „Le petit Joden“, Karl Wilhelm Grund, war von Frankfurter Schöffengericht wegen Aufzehrung zum Tode verurteilt worden. Die hiesige Strafkammer hat die Verurteilung aufgehoben und die Angeklagten zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt, weil in seiner Zeitung jedem Abonnenten ein guter Tip verprochen worden war. Die hiesige Strafkammer als Verurteilungssatz sah in diesem Verprechen keine Aufforderung zum Wette und erkannte auf Freisprechung.

Provincial-Nachrichten.

Eine dankbare Stadt.

Erfurt, 30. Nov. Zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Oberbürgermeister Richard Breslau werden 15 000 Mark gefordert. In der Angelegenheit bemerkt der Magistrat: Als Standort des Denkmals ist der Platz der ehemaligen Schule in den Anlagen der Friedrichstraße am Rande des Platzgrabens gedacht. Für das Denkmal liegt ein Entwurf des Bildhauers Melville von der Sandwerker- und Kunstgewerbeschule vor. Sowohl der Platz wie auch der Entwurf zu dem Denkmal selbst haben die Zustimmung der für die Errichtung eines Breslau-Denkmal eingeleiteten Kommission und der Baukommission gefunden.

Warme Tage Herbsttage.

Vom Broden, 30. November.
Wie im letzten Bericht erwähnt, trat am 28. mittags Tauwetter ein, die Temperatur stieg dabei auf +2,3 Grad C. und leichte Regenauerhänge häufig herrschte. Die prächtige Winterlandschaft ist vernichtet und durch den warmen Südwind ist die Schneedecke auf dem Gipfel an mehreren Stellen durchbrochen.

Am Dienstag früh 3 Grad Rabel, leichter Nebel, früher Südwestwind, Stärke 5 und der neugebildete Nebelstift betrug 3 Zentimeter. Gestern Mittag wurde es ziemlich klar, und man hatte öfters grobgratige Aufschübe in die nähere und fernere Umgebung. Nach Sonnenuntergang trat wieder leichter Nebel ein, und die Temperatur ging um 6 Uhr abends auf 1 Grad Wärme. Heute haben wir auf dem Broden einen prachtvollen Herbsttag, wie wir ihn im ganzen November nicht gehabt haben, zu verzeichnen. So hatten wir früh Sonnenanfang und grobgratige Herbsttag, um 5 Uhr Wärme und Windstille; gegen Mittag war der gesamte Oberhang und viele Berge des Thüringer Waldes sichtbar. Nach der allgemeinen Wetterlage zu urteilen dürften die nächsten warmen und klaren Herbsttage nur von kurzer Dauer sein. Der Touristenverkehr beschränkt sich nur auf die Sonntage.

In der Regel folgt auf einen warmen Sommer ein kalter Winter; aber der letzte Sommer war im allgemeinen ziemlich gültig und kühl. Infolgedessen ist es nicht ausgeschlossen, daß wir nächst noch im Monat Dezember warme Tage erhalten. — Da die Temperatur in der letzten Nacht nur bis auf +1 Grad C. sank, ist der Schnee am Montag und Dienstag mächtig geschwunden.

Eisenburg, 30. Nov. Das Schützenhaus hiesiger Weich. Am Montag nachmittag ist mit der Weichlein des Schützenhauses, der Landperspektiven Dampftramerie, ein neuer fester Vertrag abgeschlossen worden, wonach um den Preis von 256 000 Mark das Schützenhausgrundstück in das Eigentum der Stadt übergeht.

Erfurt, 30. Nov. (Die Trauabie des Alters.) Aus einem der oberen Stockwerke des katholischen Krankenhauses, wo wegen eines anhaltenden Kernenslebens schon seit längerer Zeit untergebracht war, starb die 72-jährige alte Frau. Die Bedauernswerte blieb mit zerstückelten Gliedmaßen liegen und war auf der Stelle tot.

Kruppa, 30. Nov. (Stachtrah.) Auf der Kreisstraße zwischen Recken und Brambach wurde ein Einmörder aus Kruppa während der Dämmerung mit seinem Gefährt von vier Leuten

Arnold & Troitzsch



Halle (Saale),
Gr. Ulrichstrasse 1, Kleinschmieden,
— Telephon 485 —
empfehlen für

Weihnachts-Geschenke:

Teppiche, Läufer, Vorlagen

bestbewährte Qualitäten,

Reisedecken, Schlafdecken,
Tischdecken, Diwandecken,
Portièren, Gardinen etc. ::

Felle, Fell-Teppiche, Fell-Decken für Schlitten u. Autos.
Cocos-Teppiche, Läufer u. Abtreter, Linoleum-Teppiche
u. Läufer.

Echte Perser Teppiche
Puppenstuben-Tapeten.

unerreichte Auswahl in
modernen wie historischen
und persischen Mustern

Wand-Gobelins
wandernde neue Bilder.
Wunderschöne Neuheiten
in
Sofa- u. Chaiselongue-Missen

reichhaltiges Lager
farbenprächtigster
Teppiche in allen
Größen u. Preislagen.

Personen angefallen. Unter Drohungen nahmen sie vom Wagen einen Koffer und einen Mantel und verschwanden damit.
Mulsen, 28. Nov. (Kartoffelfabriksfabrik) Hier wird beschäftigt, auf dem Grundstück des Herrn Max Schreyer eine Kartoffelfabriksfabrik zu errichten. Die Ausichten für das Unternehmen werden als sehr günstig geschätzt, da die Fabrik in ihrer ganzen Länge an die Eisenbahn zu liegen kommt, was natürlich auf den Betrieb vorteilhaft einwirkt. Die Vorarbeiten sind bereits stark im Gange. Es ist vorläufig eine Verarbeitung von 50 000 Zentnern (täglich 300) vorgelesen, jedoch soll bei An-schaffung der Maschinen darauf Rücksicht genommen werden, daß der Betrieb jederzeit vergrößert werden kann.

Gotha, 30. Nov. (Eine Lohnerhöhung für die häuslichen Arbeiter) hat bei der gestrigen Lohnauszahlung festgefunden. Sie ist so gestaltet, daß jüngere Arbeiter 1 Pf. und ältere Arbeiter und Arbeiterinnen 2 bzw. 3 Pf. pro Stunde Er-höhung erfahren haben.

Eisenach, 30. Nov. (In der Vollversammlung der Handelskammer) für das Großherzogtum Sachsen teilte der zweite Vorsitzende Wiegand-Aboda mit, daß die Kammer be-schlossen habe, aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens den nunmehr 10 000 Mark betragenden Unterstützungsfonds der Kammer nach dem verdienstvollsten ersten Vorsitzenden den Namen Lorenz-Prentag-Stiftung zu geben. Es wurde ferner eine Resolution an-genommen, in der die Kammer sich mit den neuen Submissions-Verfahren für staatliche Lieferungen einverstanden erklärt. Man hofft, daß die Städte sich diesem neuen Verfahren anschließen werden.

Leipzig, 29. Nov. (Eine Riste Zobelstelle im Werte von 19000 Mark.) die für eine Leipziger Kaufmanns-Firma bestimmt war, ist auf dem Waddendampfer „Kronprinz Wilhelm“ während der Fahrt nach Weizert nach Bremen gestohlen worden. Man nimmt an, daß die Diebe reiften werden, die Riste in Weizert zu Gelde zu machen. Auf die Wiederherbeibringung der Kauf-mannen sind 1000 Mark, auf die Ergreifung der Diebe 250 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Schönefeld bei Ebersdorf, 30. Nov. (Zwei Kinder ver-brannt.) Die beiden Kinder des Handwerkers Paul Schön-berger, im Alter von 6 und 3 Jahren, waren in der Wohnung allein zurückgelassen worden. Sie mußten sich eine Petroleum-lampe zu verschaffen und wollten damit im Ofen Feuer an-machen. Die Lampe explodierte und das Feuer legte die Kleider der Kinder in Brand. Die brennenden Kinder stürzten auf die Straße, wo sie von Passanten in den Schnee ge-worfen wurden, um die Flammen zu erlösen. Der ältere Knabe Paul Robert hat so schwere Brandwunden er-litten, daß er daran gestorben ist, während seine jüngere Schwester sich lebensgefährliche Verletzungen zuge-rogen hat.

Vermischtes.

Weitere Margarinerwerbungen.

r. r. Hamburg, 1. Dez. Bei der Hamburger Polizei-behörde sind im Laufe des gestrigen Tages noch eine

ganze Reihe von Erkrankungsfällen angezeigt worden, die auf den Genuß von Margarine zurückzuführen sind. Offiziell werden bereits 150 Krankheitsfälle ge-zählt. Ein Mann liegt im Krankenhaus hoffnungslos darnieder. Die Polizei warnt in öffentlichen An-schlägen vor dem Genuß der Margarine. Es handelt sich, wie festgestellt ist, um das Fabrikat „Bacha“, das erst seit einigen Tagen von der Margarinefabrik Mohr & Co. in den Handel gebracht wurde. Die chemische Untersuchung der Margarine ist noch nicht abgeschlossen, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sich der Krankheitserreger in einem neuen, aus England eingeführten Fettöl befindet. Die Polizei stellt jetzt mit diesem Öl ihre Untersuchungen an. Wie verlautet, wurde das betreffende Fett früher zur Seifenfabrikation verwendet.

Hochwasser.

Angers, 1. Dez. Die Loire ist infolge der Regengüsse beständig im Steigen begriffen, was für Angers eine große Gefahr bedeutet. Die Ueberschwemmung übertrifft jetzt be-reits diejenige des Jahres 1856 und 1910. Gestern abend standen verschiedene Stadtteile unter Wasser. Infolge der Ueberschwemmung ist im Elektrizitätswert der Betrieb ein-gestellt worden, die Straßenbahn konnte somit nicht mehr weiter verkehren und die Wagen stieben an verschiedenen Punkten der Stadt stehen. Viele Bewohner mußten ihre Wohnungen verlassen, da das Wasser eindrang.

Attentat gegen einen Eisenbahnzug.

Le Mans, 1. Dez. Ein Soldat des 160. Infanterie-Regiments wurde in dem Moment ertappt, als er auf der Eisenbahnlinie Le Mans—Mayet eine zentnerschwere Eisenkugel auf dem Gleis besetzen wollte. Der Soldat erklärte bei seiner Festnahme, er habe lediglich zusehen wollen, wie ein Zug entgleise.

Sich selbst gestellt.

Paris, 1. Dez. Gestern nachmittag hat der Mörder der Baronin D'Alvier, Kapitän Mennier, da seine Geld-mittel erschöpft sind, sich selbst gestellt, aber nicht der Poli-zei, sondern dem Marine-Ministerium, dem er als Kolonialoffizier unterstand. Er wurde vom Sicherheits-rat aus dem Marine-Ministerium abgeholt und nach der Prefektur gebracht. Er erklärte bei seiner Untersuchung, das Verbrechen im Zustande völliger Trunkenheit begangen zu haben.

Hungersnot in China.

In Schanghai liegen Nachrichten von einer schweren Hungersnot in der Provinz Anhui und im Norden von Kianglu vor. Die Regierung in Peking ist sehr Wochen-erfolgreich bemüht, die Ruhe aufrecht zu erhalten. In Schanghai sind Anträge zur Bildung eines internationalen Hilfskomitees er-schienen.

ck. Das Ehrenbegehren des Polizeihundes. Die Pariser Polizeibeamten sind in Trauer versetzt: Leo, der Polizeihund, der

treue Gefährte und Liebling der Beamten, ist im Kampfe gegen die Apachen gefallen, ein Opfer seines schweren Be-rufes und ein Held seines Amtes. Eine Renofortugel traf Leo, als er bei einer nächtlichen Patrouille den alten Festungs-werker von Paris einem Missetäter auf der Spur war. Die 17. Polizeibrigade von Paris, der Leo angehörte, will dem tapferen Beamten einen herrlichen Ehrenbegehren stiften, und alle dienstfreien Beamten werden dem treuen Hund das letzte Geleit geben. Leo war der erste Polizeihund, der in Erfüllung seiner Pflicht sojagogen auf dem Schlachtfelde einen ehrenvollen Tod fand.

Eine Hundertjährige. Die älteste Frau des Niederrheins, Witwe Wilhelm Zoehges in Mülheim-Glabach, feierte Mit-woch ihren hundertsten Geburtstag in seltener Frische.

Studentenstreik in Utrecht. An der Universität Utrecht streikten etwa 120 Studenten und Studiensimmen der Jahrgangsklasse. Sie fordern die Abberufung des Professors und Direktors des Zahnärztlichen Instituts Grevers wegen seines „auto-trastischen Verhaltens und seiner Strenge bei den Prüfungen“. Die Studierenden haben vor der Akademie und dem Institut Streik-potien aufgestellt.

Gräßlicher Selbstmord. Im Walde bei Woldenberg in der Neumar begab sich, einem Telegramm aus Landsberg a. d. W. zufolge, die Witwe Falk ihre Kleidung mit Petroleum und ätzende sie dann an. Sie verbrannte bei lebendigem Leibe.

Eine neue Hinrichtung in Frankreich. Vor dem Gefängnis in Le Mans wurde Mittwoch morgens 7 Uhr der Mörder Doilly hingerichtet. Dalkin legte große Raubbildigkeit an den Tag: Er hörte die Messe, kommunizierte und rauchte dann noch eine Pfeife. Dem Gefängniswärter erklärte der Verbrecher, die Pfeife habe ihm gut geschmeckt.

Ein Kampf um Crippens Nachlaß ist jetzt entflanden. Crippens Testament, in dem Miß Le Rose zu seiner Erbin eingeleitet ist, wird von dem Anwalt der in Brooklyn lebenden Schwester der mordeten Waise Elmore, einer Frau Gunn, angefochten.

Ercheinungsbericht einer Zeitung. Die „Times“ meldet aus Mexiko, daß die dort erscheinende Zeitung „El Valadino“ aufgegeben wurde, weil sie bei Verpöndung der Kämpfe mit den Insurgenten einige Male das Wort Heroismus gebraucht habe. Der Chefredakteur des Blattes wurde ins Gefängnis gesteckt.

Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Karl Weitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Neuchwanger; für den Interentenat: i. V. Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Henschel, Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Vermisst wird oft bei Frauen und Mädchen ein gesunder reiner Teint. Wie schade um ein edelgeformtes Antlitz, welches durch trockene Haut, durch schliefene Schuppen ein kümmerliches Aussehen hat. Hier hilft der itälische Gebrauch von Mischolinieffe, welche durch ihre vorzüglichen Eigen-schaften alle Abänderungen von der Haut entfernt, sie glättet und zugleich abtötet.

Für Weihnachten.

Leinen- und Baumwoll-Waren

- Bett- und Hemdenleinen, Hemdentuch, Inletts, Damaste etc. -

Bett-, Leib-, Tisch- und Küchen-Wäsche

Bezüge, Bettliaken, Bettdecken, Hemden, Beinkleider,

:: Taschentücher, Handtücher, Tischtücher, Servietten, Staub- und Wischtücher etc. ::

Verbürgt solide Qualitäten bei billigster Preisstellung.

Anfertigung ganzer Ausstattungen als wie auch von Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche. Bestellungen auch für Namenstickereien erbitte mögl. frühzeitig.

Bruno Freytag, Halle a. S., Leipzigerstrasse 100.

